

Organisationsphantasie, Vernetzung, Projekte - Neue Elemente der Einheitsgewerkschaft

Prof. Dr. Oskar Negt, geb. 1934, lehrt Soziologie an der Universität Hannover;
Dr. Christine Morgenroth, geb. 1952, ist Privatdozentin am Institut
für Psychologie der Universität Hannover;
Edzard Niemeyer, geb. 1956, Dipl.-Sozialwissenschaftler, ist wissenschaft-
licher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Hannover.

DGB-Ortskartelle: Ausdruck von Organisationsphantasie

Die Ortskartelle des DGB nehmen bereits heute in ihrer Alltagspraxis gewerkschaftliche Aufgaben wahr, die für die Zukunft der Gewerkschaften insgesamt von wachsender Bedeutung sein werden. Sie entwickeln dabei eine Organisationsphantasie, die exemplarisch für neue Formen der Gewerkschaftspolitik überhaupt ist. Diese Schlußfolgerungen mögen manche/n Gewerkschafter/in verwundern, weil sie so gar nicht zu dem langweiligen Ruf passen, den die DGB-Ortskartelle landläufig genießen. Und die Jüngeren werden gar fragen: „Was sind denn bloß Ortskartelle?“ Dabei werden sie das unmodische „... kartelle“ vermutlich naserümpfend in die Länge dehnen. Die über hundertjährige Geschichte der örtlichen Gewerkschaftsarbeit scheint irgendwann stehen gebheben, die Ortskartelle selbst in Vergessenheit geraten zu sein. Für den Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 waren sie jedoch als erste wieder da. Von den über 2 100 Ortskartellen allerdings, die es 1968 dann gab, blieben Ende der achtziger Jahre noch ganze 1 300 übrig. Unterhalb der Ebene der privilegierten Entscheidungsorgane, das heißt ohne satzungsgemäße Absicherung und fast ohne Geld, fristeten sie ein nur am 1. Mai oder bei Flugblattaktionen beachtetes Dasein. Erst mit dem Abbau der DGB-Kreisverwaltungen seit 1989 wurden die lokalen Organisationseinheiten als kompensierende Infrastruktur in der Fläche wiederentdeckt. Im Schutz der jahrelangen „Vergessenheit“ haben viele Ortskartelle jedoch neue Formen der Gewerkschaftsarbeit entwickelt und sich untereinander und mit anderen lokalen Initiativen vernetzt. Ihre politische Ausgrenzung aus den gewerkschaftlichen Entscheidungsstrukturen machte sie in besonderer Weise geeignet, den prekären Zusammenhang zwischen Gewerkschaftspolitik, verborgener Praxis und neuen Anforderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu untersuchen.

Unter diesen Bedingungen haben die Ortskartelle zur Veränderung des gewerkschaftlichen Politikbegriffes beigetragen, der sich nun unter anderem dadurch auszeichnet, daß die Interessen der Beschäftigten in der Produktion und in den Dienstleistungsbetrieben mit den Bedürfnissen der Familien und des kommunalen Gemeinwesens zusammengebracht werden. Dies gelang

zweifellos nicht überall: Besonders in strukturschwachen Regionen liegt die Ortskartellarbeit faktisch danieder oder findet nur unter erschwerten Bedingungen statt. Auch hängt die Arbeit sehr von der Persönlichkeit der Aktiven ab; wer nur noch den Nachlaß vergangener Zeiten verwaltet, resigniert leicht an den veränderten gesellschaftlichen Realitäten. So sind es „nur“ etwa 50 Prozent der Ortskartelle, die zu den aktiven gerechnet werden können, wovon wiederum nur die Hälfte (also insgesamt ein Viertel aller Ortskartelle) ein neues Politikverständnis entwickelt hat, das wir unter den Typ „aktiv-progressive Ortskartellarbeit“ gefaßt haben.¹ *Ihre Arbeitsform* zeichnet sich durch ein hohes Maß an Vielfalt und Offenheit aus und ist nicht vorrangig an Gremienarbeit orientiert, sondern organisiert sich überwiegend prozeßhaft und in *Projektform*. Es ist eher die qualitative Dimension einer Neubestimmung von Gewerkschaftsarbeit, die hier ihren Ausgang findet, nicht so sehr die quantitative.

Fast drei Viertel der Ortskartelle des skizzierten Typs wird von basisorientierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern geleitet. Besonders auffällig ist, daß dies vor allem Frauen und (in Relation zum hohen Durchschnittsalter aller Ortskartellvorsitzenden) „jüngere“ Gewerkschafter sind.² Dies stützt die Hypothese, daß sich in den Gewerkschaften *neue Organisationsmilieus* herausbilden, die der Gewerkschaftsarbeit - wenn sie sich denn frei von überkommenem Beharrungsvermögen in Altgewohntem entfalten kann - einen spezifischen, produktiven Charakter geben.

Gewerkschaftliche Lernprozesse und Ortskartell-Praxis

Historisch sind diese Ortskartelle von Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen beeinflußt, mit denen sie des öfteren auch Bündnisse eingehen. Viele Fragestellungen, die seit Mitte der siebziger Jahre vor allem von neuen sozialen Bewegungen aufgeworfen wurden, haben so Eingang in die Ortskartellarbeit gefunden. Am ehesten wird das an ökologischen Fragen nachvollziehbar. Aber auch die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Anti-Atomkraft-Bewegung haben ihre Spuren in den Ortskartellen hinterlassen. Die neuen sozialen Bewegungen verdeutlichten die zerstörerische Wirkung einzelner Industriebereiche, die entsprechende Praxis vieler Unternehmen oder auch unterschiedlicher Techniken beziehungsweise Produktionsverfahren sowie die Unzulänglichkeit rechtlicher Schutzbestimmungen. Auch für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Ortskartellen wurde deutlich, daß ökonomische, beschäftigungspolitische oder betriebszentrierte Fra-

1 Vgl Oskar Negt/Chnstine Morgenroth/Heiko Geihng/Edzard Niemeyer, Emanzipationsinteressen und Organisationsphantasie, Köln 1989, S 197 ff In unserem Forschungsprojekt haben wir unter anderem die Bedingungen und Chancen der Erweiterung gewerkschaftlicher Handlungsfelder am Beispiel der DGB-Ortskartelle untersucht Dazu haben wir 114 Telefoninterviews und mehrere Gruppendiskussionen mit Ortskartellvorsitzenden aus der ganzen Bundesrepublik durchgeführt

2 50 Prozent aller weiblichen Ortskartellvorsitzenden haben wir dem Typus „basisorientiert“ zugeordnet, während dies nur auf 19 Prozent der Männer zutrifft Die Basisorientierten sind auch junger Über 40 Prozent von ihnen sind unter 40 Jahre alt, während dies nur knapp 17% aller Ortskartellvorsitzenden smd Alle „Traditionälisten“ und alle „resignierten Nachlaßverwalter“ smd ausnahmslos älter

gestellungen erweitert werden mußten. Insofern hat in den Gewerkschaften allmählich ein Lernprozeß eingesetzt. Das heißt aber nicht, daß spezifisch gewerkschaftliche Fragestellungen aufgegeben worden wären. Viehnehr wurden die traditionellen Inhalte von Gewerkschaftsarbeit in den Kontext neuer Problemlagen eingebettet. Es handelt sich daher nicht um den Ersatz, sondern um die *Erweiterung „alter“ Aufgabenfelder*. Neben den traditionellen Aufgaben wie Bildungsarbeit, Dienstleistungen für den Gewerkschaftsapparat, Unterstützung einzelgewerkschaftlicher Aktionen und vor allem die Ausrichtung örtlicher 1. Mai-Demonstrationen und -Feste, haben sich zusätzliche Handlungsfelder herausgebildet, die sich auf die lokale Umgebung beziehen. Fast 60 Prozent der DGB-Ortskartelle gaben mindestens einen solchen Arbeitsschwerpunkt an. Für ein Viertel der Ortskartelle hegt in diesen neuen Feldern ein ausgeprägter Arbeitsschwerpunkt.

Bei den kommunalpolitischen Aktivitäten der Ortskartelle hat sich ein eigenständiger Interessenbegriff herausgebildet, der diese lokale Gewerkschaftsarbeit prägt. Es wird als Charakteristikum optimaler Ortskartellarbeit begriffen, die „Probleme vor Ort“ aufzugreifen. Dies geschieht in vielfältiger Weise. Hauptfelder der Auseinandersetzung sind dabei Fragen der Lebensqualität und der Infrastruktur (zum Beispiel Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, öffentliche Dienstleistungen, Auseinandersetzung mit Großprojekten), lokale Arbeits- und Beschäftigungssituation, Arbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen sowie Umweltthemen. Einige Ortskartelle haben regionale Strukturentwicklungsprogramme oder kommunalpolitische Forderungsprogramme entwickelt, die sie durch verschiedene Maßnahmen und Aktionen schrittweise in die Tat umsetzen. Mitunter ist es einfach die gewerkschaftliche Präsenz am Ort, die die Ortskartelle zu Ansprechpartnern in wirtschaftlichen und sozialen Fragen werden läßt. Das spezifisch gewerkschaftliche an den kommunalpolitischen Arbeitsschwerpunkten ist der *subtile Bezug zur Produktions- und Dienstleistungssphäre*. Augenfällig ist das bei der Unterstützung von Belegschaften im Kampf gegen Betriebsschließungen, der Thematisierung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sowie allgemeinen Problemen der Arbeitswelt; die lokale beziehungsweise regionale Dimension von Beschäftigung und betrieblichen Arbeitsbedingungen gerät hier ins Blickfeld. Aber auch die Themenfelder Lebensqualität/Infrastruktur und Umwelt weisen diesen Zusammenhang auf. Die Sicherung beziehungsweise der Ausbau von Beschäftigung oder Probleme der Produktion (zum Beispiel Umweltschädigungen) spielen hierbei eine Rolle. Den Ortskartellen kommt daher eine spezifische Funktion in der Kommunalpolitik zu, sie sind *Vermittler zwischen Arbeitswelt und übriger Lebenswelt*. Die Fragen der Quantität und Qualität von Beschäftigung werden in einem umfassenderen Bezugsrahmen gestellt, der auch allgemeinere Lebens- und Umweltinteressen beinhaltet. Politik wird ganzheitlich verstanden.

Die DGB-Basis überläßt kommunalpolitische Themen nicht den Parteien, auch das wird aus den Untersuchungsergebnissen deutlich, auch nicht der

SPD (obwohl es dennoch eine relativ intensive Kooperation zwischen beiden gibt). Die Praxis der Ortskartelle stellt diese traditionelle Arbeitsteilung in Frage. Kommunalpolitische Themen werden auf die Gewerkschaften selbst bezogen. Die Ortskartelle haben auf lokaler Ebene „die Finger ausgestreckt“, so ein Ortskartellvorsitzender, und greifen die spezifischen „Probleme vor Ort“ auf, wenn wichtige Lebensinteressen der abhängig Beschäftigten berührt werden.

Vernetzung als Organisationselement

Besonderes Kennzeichen der Ortskartellarbeit sind außerdem die Vernetzung untereinander sowie die Bündnisse mit neuen sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und anderen Organisationen und auch Institutionen.

Die Gewerkschaftsbasis im DGB ist auf regionaler Ebene dicht vernetzt. Etwa 70 Prozent der Ortskartelle stehen in kooperativen Beziehungen mit anderen Ortskartellen, die sich in gegenseitigen Besuchen, gemeinsamen Bildungsveranstaltungen, persönlichen Kontakten oder überörtlichen Projekten zeigen. Die Vernetzung mit anderen Ortskartellen erfüllt mehrere Funktionen: Chance einer größeren Öffentlichkeit beziehungsweise einer höheren Teilnehmerzahl in Bildungsveranstaltungen, gemeinsamer Erfahrungsaustausch, Reduzierung des Aufwandes bei der Organisation gemeinsamer Veranstaltungen, Entwicklung und Durchführung arbeitsaufwendiger Projekte, Beitrag zur Vergemeinschaftung durch gesellige und persönliche Kontakte, Initiierung weiterer Ortskartelle.

Die projektorientierte Politik hat dazu geführt, daß Berührungsängste gegenüber neuen sozialen Bewegungen vielfach überwunden wurden. Die Kooperation mit neuen sozialen Bewegungen, das dauerhafte, zeitweise oder punktuelle Bündnis mit außergewerkschaftlichen Gruppierungen ist Gestaltungselement einer eigenständigen lokalen Gewerkschaftspolitik in den DGB-Ortskartellen geworden. Ortskartelle werden als Gründer beziehungsweise Gründungsmitglied von Initiativen im Umfeld neuer sozialer Bewegungen aktiv, arbeiten zeitweise, auf die Lösung eines Problems gerichtet, mit anderen Initiativen zusammen, oder es bestehen Einzelkontakte. Diese Aktivitäten sowie die persönliche Verwurzelung der ehrenamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Ort schaffen eine soziokulturelle Vernetzung, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn es geboten erscheint. Die Ortskartelle tragen so zur *Vermittlung zwischen verschiedenen sozialen Milieus und zum langfristigen Aufbau von politischen Bündnissen bei*.

Ein besonderer Vorteil der Ortskartelle ist es in diesem Zusammenhang, daß sie institutionell - wenn auch prekär - eingebunden sind in den DGB und dadurch einen relativ stabilen Organisationsrückhalt haben. Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen, aber auch dynamische, anlaßorientierte Gewerkschaftsöffentlichkeiten wie in Rheinhausen oder bei anderen Konflikten um Betriebsstilllegungen, erreichen diese auf Dauer angelegte Stabi-

lität nicht. Von dieser gefestigten Basis der Gewerkschaftsöffentlichkeit ausgehend, lassen sich immer wieder phantasiereiche, spontane Öffentlichkeiten herstellen oder miteinander vernetzen. Die *Verknüpfung von Spontaneität und Organisation* bestimmt die Bewegungsdynamik dieser Form von Gewerkschaftspraxis.

Integration unterschiedlicher Interessen

Stärker als in anderen Organisationsformen der Gewerkschaften kommen in den von Ortskartellen exemplarisch erprobten (Projekt-)Organisationsformen unterschiedliche Gruppen zusammen, auch die, die sonst nur am Rande der Gewerkschaftsarbeit stehen oder sogar ausgeschlossen sind (zum Beispiel Arbeitslose und Rentner). Oftmals sind gerade sie die organisatorische Stütze, wenn es um die praktische Durchführung von Aktionen geht, weil sie zum Beispiel mehr Spielräume in der Zeitgestaltung haben oder noch nicht „zum alten Eisen“ geworfen werden wollen und daher eine produktive Dynamik entfalten.³ Für Rationalisierungsgewinner, -dulder und -Verlierer gleichermaßen lassen sich mit dieser Arbeitsform Möglichkeiten der aktiven Gewerkschaftsarbeit finden. Gerade auch für „neue Angestellte“, die sich nicht in (dauerhafter und zählebiger) Gremienarbeit binden wollen, kann hier ein Betätigungsfeld erschlossen werden. Die *Integration verschiedener Interessen und Organisationsmilieus* in aktive Formen der Gewerkschaftsarbeit wird durch diese Organisationsweise unterstützt.

Projekt und Werkstatt als exemplarische Organisationsform

Die in den Ortskartellen entwickelten *exemplarischen Organisationsformen* implizieren generelle politische Chancen und neue Handlungsspielräume für die Gewerkschaften, die sich nicht auf die lokale Ebene beschränken dürfen, sondern die sich als Elementarformen betrieblicher, örtlicher, überörtlicher und gruppenbezogener Gewerkschaftsarbeit auszeichnen. Insofern haben Horst Kern und Charles Säbel recht, wenn sie sagen: Das Ziel der Gewerkschaften (unter den Bedingungen der industriellen Reorganisation) „...kann nicht schlicht das sein, gewerkschaftliche Macht auf lokaler Ebene zu demonstrieren, sondern muß darin bestehen, den substantiellen Kern dieser Macht neu zu bestimmen, indem Ausmaß und Ziele der lokalen Aktivitäten erweitert werden. So gesehen geht die Lokalisierung gewerkschaftlichen Handelns Hand in Hand mit ihrer Universalisierung...“⁴ Aber, und auch das bestätigen Kern und Säbel, die Instrumente einer neu definierten Gewerkschaftspolitik brauchen nicht neu erfunden zu werden; hier sind Rückgriffe unter anderem auf die Praxis in Ortskartellen möglich.

³ Das bestätigen auch unsere Untersuchungen bei den Stadtteilgruppen der IG Metall in Dortmund, den Überresten einer verschütteten Organisationsform der IG Metall. Siehe hierzu Edzard Niemeyer, Gewerkschaftliche Krise und lokale Handlungsfelder. Eine empirische Studie über die IG Metall-Stadtteilgruppen in Dortmund, Diplomarbeit, Hannover 1988.

⁴ Horst Kern/Charles F. Säbel, Gewerkschaften in offenen Arbeitsmärkten. Überlegungen zur Rolle der Gewerkschaften in der industriellen Reorganisation, Ms. 1990, S. 34 f.

Die projektorientierte Arbeitsform in den Ortskartellen hat Werkstatt-Charakter und sie beinhaltet eine besondere Chance für *Lernprozesse*: Die Problemlösungen müssen entwickelt und erprobt werden, und dies häufig in Auseinandersetzung mit Behörden oder Unternehmen. Ausgehend von einem konzentrischen Punkt (etwa einem betrieblichen Umweltkonflikt) werden die gesellschaftlichen Dimensionen erfahrbar. Anders als in der herrschenden Form der Gremienarbeit in den Gewerkschaften werden in der Projektform, wenn sie sich als eine spezifische Organisationsform in den Gewerkschaften durchsetzt, die individuellen Bedürfnisse berücksichtigt, in dem sich der/die einzelne für die Mitarbeit in einem Projekt entscheiden kann, ohne Gremienmitglied sein zu müssen. Das Aufzeigen von Zusammenhängen, auch Lebenszusammenhängen, die Suche nach kollektiven Lösungs- und Kampfformen, die Reflexion der realen Gefahren für die Sicherung der Arbeitsplätze unter anderem - dies wird in Projekten, die nicht auf Gremientermine und ritualisierte Strukturen angewiesen sind, viel eher fruchtbar sein als in anderen, „konventionellen“ Formen der Gewerkschaftsarbeit. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, von Arbeit und Wohnen, Hand und Kopf, kann hier schrittweise aufgehoben werden.

Notwendige Feminisierung von Gewerkschaftspolitik

Die Aufhebung dieser Trennung war schon immer ein Anliegen von Frauen und ist es auch heute noch. Viele der Stichworte, mit denen wir typische Formen der Arbeit in den Ortskartellen beschreiben, wie Phantasie, Basisorientierung, Vernetzung, Ganzheitlichkeit, Beachtung von konkreten Lebenslagen und Ausrichtung der Arbeit an konkreten Problemlösungen, kennzeichnen Qualitäten, die gemeinhin als „weiblich“ gelten und die von Frauenbewegung und Frauenforschung zu Recht mit Nachdruck als Eigenschaften ausgewiesen wurden, die in dieser Gesellschaft Frauen eher entwickeln als Männer. In diesem Sinne ist die typische Arbeit vieler Ortskartelle durch diese feministischen Eigenschaften charakterisiert. Und tatsächlich hat das besondere Engagement von Frauen in den Ortskartellen eine die gesamte Arbeit durchaus prägende Wirkung. Das scheint sich vordergründig hervorragend in das veränderte Verhältnis zwischen Frauen und Gewerkschaften einzufügen.

Parallel zu der noch immer wachsenden Orientierung vieler Frauen auf Erwerbstätigkeit und im Zusammenhang mit einem entsprechend veränderten weiblichen Identitätskonzept, das eine Integration von Familie und Beruf vorsieht, steigt die Zahl derjenigen Frauen, die sich gewerkschaftlich organisieren. Nur durch die noch immer wachsende Organisationsbereitschaft von Frauen ist eine drastische Abwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen, wie sie im Kontext der krisenhaften ökonomischen Umstrukturierungen zu erwarten gewesen wäre, verhindert worden. Frauen sind, das besagen alle entsprechenden Analysen, ein *organisationspolitisches Potential* und müssen als eine Schlüsselgruppe für die Stärke der Gewerkschaften angesehen werden.

Dementsprechend gibt es, trotz der patriarchalischen Strukturen innerhalb der Organisation, die eine effektive Berücksichtigung von Fraueninteressen sehr erschweren, doch gewisse Veränderungen in der Frauenpolitik der Gewerkschaften, die letztlich dem wachsenden Einfluß der Frauenbewegung auf alle gesellschaftlichen Bereiche, sogar die Gewerkschaften, zu verdanken sind. Während gewerkschaftliche Frauenpolitik in den sechziger und siebziger Jahren sich auf den Kampf gegen geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Arbeitsleben konzentrierte (eine der Hauptforderungen war die nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit), ist in den achtziger Jahren eine qualitative Veränderung in der Interessenartikulation gewerkschaftlich aktiver Frauen zu beobachten.

In den letzten Jahren setzen Frauen erstmals ihre Sichtweisen und Problemdefinitionen gegen ausdrückliche Beschlüsse des „Arbeitnehmerpatriarchats“ im Apparat durch (so geschehen beim Thema „Internationaler Frauentag“ und bei den Beschlüssen zum § 218 StGB). Gewerkschaftsfrauen diskutieren die diskriminierende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht nur unter dem Stichwort der Doppelbelastung, sondern sie fordern, daß in der Alltagspraxis und politischen Strategie der Organisation selbst Konsequenzen daraus gezogen werden (zum Beispiel im Kontext differenzierter Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, oder, ganz naheliegend, nach der Kinderbetreuung bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen). Gewerkschaftsfrauen thematisieren das *Geschlechterverhältnis als Herrschaftsverhältnis* in der Organisation selbst, indem sie ihre Beteiligung an der Macht durch Quotierungen und innergewerkschaftliche Frauenförderung sicherstellen wollen. Dieser Perspektivwechsel findet seinen nachdrücklichsten Beweis beim Thema der sexuellen Belästigung von Frauen im Betrieb und in den Gewerkschaften.⁵

Zu dieser Entwicklung, nämlich dem wachsenden Einfluß der Frauenbewegung auf die Frauen in den Gewerkschaften und das daraus resultierende „Ende der Bescheidenheit“ von Frauen in der Organisation des Arbeitnehmerpatriarchats, stehen die Ergebnisse der Ortskartell-Untersuchung gewissermaßen quer, sperren sich gegen eine direkte Integration in die skizzierte Entwicklung. Die in den Ortskartellen aktiven, gewerkschaftlich engagierten Frauen machen eine eindrucksvolle politische Arbeit. Sie arbeiten problemlösungsorientiert und berücksichtigen dabei vordringlich die jeweilige Lebenslage der Betroffenen oder Beteiligten. Immer wieder wird das zugrundeliegende „Prinzip Hautnähe“ deutlich. Die Frauen erleben ihre differenzierte gewerkschaftspolitische Tätigkeit als vollkommen zusammengehörig, sie machen zum Beispiel in der Bewertung ihrer politischen Arbeit häufig keinen Unterschied zwischen innerbetrieblichen und außerbetrieblichen Belangen. Im Gegenteil: Sie stellen dort aktiv Zusammenhänge her, wo ihnen das notwendig erscheint.

⁵ Eine ausführliche Darstellung dieser Aspekte findet sich in dem Aufsatz von Karin Derichs-Kunstmann, Gewerkschaftsfrauen in den 80er Jahren. Vom Ende der Bescheidenheit! in: FIAB (Hg.), Beiträge, Informationen, Kommentare Nr. 9/90.

Die Ortskartell-Frauen führen eindrücklich vor, wie die Schaffung von Zusammenhängen aussehen kann und in „ihren“ Ortskartellen bereits oft Realität geworden ist. Diese Frauen sind als Grenzgängerinnen zwischen den von Männern festgelegten „Politik-Revieren“ bereits aktiv dabei, die starr fixierten Grenzen zu verändern, im Interesse einer umfassenden Form von Organisation, die menschliche Interessen und Lebensbedürfnisse ins Zentrum ihrer Tätigkeit stellt, nach konkreten Schritten der Veränderung fragt und diese auch unternimmt. Damit praktizieren diese Ortskartell-Frauen bereits einen erheblich erweiterten Interessenbegriff, sie leben ein anderes Politikverständnis.

Das „Querliegende“ dieser erweiterten Praxis besteht darin, daß diese Gewerkschaftsfrauen ihre Arbeit nicht als ausgewiesen „frauenbewegt“ begreifen, die oben angeführten Themen spielen zum Beispiel in der Ortskartell-Praxis keine nennenswerte Rolle. Im Vordergrund ihres Bewußtseins verstehen die Ortskartell-Frauen ihr gewerkschaftliches Engagement in traditioneller Weise als eine geschlechtsneutrale Interessenvertretung für abhängig Beschäftigte und in dieser Gesellschaft Benachteiligte; feministisches Gedankengut ist ihnen weniger vertraut. Und dementsprechend begreifen sie ihre bemerkenswerten Aktivitäten in den gängigen Begriffen aus dem patriarchalischen Organisationsalltag, die sich keinesfalls dazu eignen, diese emanzipativen, umfassenden Arbeitsformen und Lernprozesse zu erfassen, die für Frauen in den Ortskartellen typisch sind. Ebenso und durchaus in einem konventionellen Rollenverständnis tragen auch die Frauen selbst kaum etwas dazu bei, das Besondere ihrer Arbeit aufzuwerten und in der gewerkschaftsinternen Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. Vom Ende der Bescheidenheit kann hier leider noch nicht die Rede sein.

Aus diesem Grund ist immer wieder hervorzuheben: Frauen müssen solange auf dem Recht des Besonderen bestehen und sich auch aktiv dafür einzusetzen, ihm Geltung zu verschaffen, wie nicht die Voraussetzungen für wirkliche Gleichheit durch Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung geschaffen sind. Solange das Geschlechterverhältnis ein Herrschaftsverhältnis ist, gehen die Interessen des Besonderen nicht in denen des Allgemeinen auf.

Hier sind die Frauen gefordert, in ihrem eigenen Interesse beide Entwicklungslinien zusammenzuführen und zu integrieren, das langsam wachsende feministische Bewußtsein durch die prägenden Einflüsse der Frauenbewegung auf die emanzipative, von Frauen getragene Arbeit vor Ort zu beziehen, auch hier eine Vernetzung vorzunehmen, Verbindungen zu knüpfen zwischen feministischer Theoriebildung von Gewerkschaftsfrauen und der von Frauen getragenen Organisationspraxis.

Umbau zur selbstregulierten Einheitsgewerkschaft

Die durchgehaltene Spannung zwischen individuellen und kollektiven Interessen, die in der beschriebenen Organisationsform exemplarisch zum

Ausdruck kommt, entspricht einem neuen *Vergesellschaftungsmodell von unten*, das dem Begriff der *Einheitsgewerkschaft* eine neue Dimension verleiht. Der Begriff der Einheit ist so ambivalent wie der Begriff der Disziplin, der darin mitschwingt. Im Rückblick auf eine kleine Arbeit über Rosa Luxemburg, in der Oskar Negt die Dialektik von Spontaneität und Organisation unter dem Eindruck der außerparlamentarischen Bewegungen und der „wilden Streiks“ betrachtete, lässt sich auch heute, fast zwanzig Jahre nach ihrem Entstehen, noch feststellen: Den „kunstvoll aufgebauten Organisationen, die große Lager darstellten, ‚Gesellschaften in der Gesellschaft‘, fehlte es keineswegs an Disziplinierung und Durchorganisation der Lebenszusammenhänge der Proletarier, die häufig von der Geburt bis zum Tode in verschiedenen Organisationen, Kindergärten, Jugendorganisationen, Sportvereinen und so weiter ‚erfaßt‘ waren. Was aber dieser Disziplinierung und dieser straffen Organisation, die der Erhöhung der Kampfkraft der klassenbewußten Arbeiter dienen sollte, fehlte, war das *Moment der freien und spontanen Artikulation der Bedürfnisse* und der kollektiven, autonomen Betätigung, eine Form der *Selbstregulierung* (...). Wo diese Disziplin und Selbstdisziplin selber noch ein Kernstück bürgerlicher repressiver Moral ist, bleiben, auch wenn man der Disziplin ein anderes Vorzeichen gibt, der durch die bürgerliche Familie, den Produktionsprozeß, den Staat geprägte psychische Apparat der Individuen, ihre Autoritätsgebundenheit, Existenzängste und so weiter intakt, damit aber für die politische Rechte stets leicht mobilisierbar. Die einzige Möglichkeit, diesen Entfremdungszusammenhang aufzubrechen, besteht darin, die außengeleitete Autoritätsgebundenheit der Proletarier in alltäglicher Übung auch gegenüber den eigenen Organisationen aufzulösen und, allgemein, die Organisationsphantasie der Massen freizusetzen.“⁶

Heute handelt es sich nicht mehr nur um „Proletarier“ oder das „Proletariat“, die geschichtliche Veränderungsprozesse in Gang setzen. Es sind vielmehr, spätestens seit 1968, neue soziale Milieus, und innerverbandlich: Organisationsmilieus, in denen sich die Emanzipationsdynamik entfaltet. Dabei spielen die individuellen Bedürfnisse eine genauso große Rolle wie die kollektive Vergesellschaftung. In der Tradition der seit den außerparlamentarischen Bewegungen artikulierten Bedürfnisse und unter dem Rückgriff auf die in den Bürgerinitiativen und den neuen sozialen Bewegungen entwickelten Formen der Vergesellschaftung „von unten“ haben die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Freiräumen und Nischen der (auch nach 1968) disziplinierten Einheitsgewerkschaft mit dem Umbau zur selbstregulierten Einheitsgewerkschaft begonnen. Nicht die Inszenierung der Einheit, die Zwangskollektivität und Vergesellschaftung von oben, sondern der im freiwilligen Zusammenschluß (zum Beispiel in Projektgruppen) sich entwickelnde Prozeß der Verknüpfung individueller Bedürfnisse und Interessen mit der Erfahrung der allgemeinen und kollektiven Interessen, macht die Qualität dieser Verge-

⁶ Oskar Negt Rosa Luxemburg Zur materialistischen Dialektik von Spontaneität und Organisation, in Claudio Pozzo (Hg.), Rosa Luxemburg oder Die Bestimmung des Sozialismus, Frankfurt a M 1974, S 169 f (Hervorhebungen im Original)

sellschaftung von unten aus - das ist die *freiwillige Assoziation* in ihrer ursprünglichen und sprachgeschichtlichen Bedeutung unter den heutigen gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bedingungen (nicht nur formell, sondern auch materiell, inhaltlich): eine Verknüpfung von Vorstellungen und die Vernetzung als politisches und kulturelles Bündnis. Dies ist letztlich effektiver als die verordnete Ethik der Loyalität und Einheit, weil sie auch der Dimension der individuellen Freiheit Raum gibt. Je spezifischer die Interessenvertretung ist, desto allgemeiner wird sie. Das *Netz* als Verknüpfung horizontaler und vertikaler „Linien“ steht als neues, basisorientiertes Vergesellschaftungsmodell der hierarchischen Struktur gegenüber. Damit entwickelt sich eine gewerkschaftliche Organisationsform, die den gesellschaftlichen Transformationsprozeß und die neuen, sich herausbildenden sozialen und kulturellen Bedürfnisse einbezieht und so auch neuen gewerkschaftlichen Organisationsmilieus einen politischen und soziokulturellen Raum schafft, der zwischen den Polen bürgerlicher Individualität und proletarisch errungener Kollektivität angesiedelt ist.

Diese Dialektik von Solidarität und individueller Freiheit ist auf Dauer wirkungsvoller als die einseitige Betonung der „individualistischen Gewerkschaft“ oder der als monolithischer Block mißverstandenen Einheitsgewerkschaft. Gerade die bitteren Erfahrungen mit dem „real existierenden Sozialismus“ lehren, daß die verordnete Zwangseinheit zur Unterdrückung elementarer Bedürfnisse und schließlich zur Degeneration eines ganzen Gemeinwesens führt. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert bietet sich mit diesem Vergesellschaftungsmodell von unten die Basis für eine zukunftsfähige Gewerkschaftsarbeit.